

Motion SP-Fraktion:**«Aufhebung der befristeten Kürzung der Staatsbeiträge an die Lehrerbesoldung und die Amortisationslasten der öffentlichen Volksschulen**

Im Rahmen des Sparpakets wurde 1997 eine befristete Kürzung der Staatsbeiträge an die Lehrerbesoldung und die Amortisationslasten der öffentlichen Volksschulen um 5 Prozent beschlossen. Die Befristung wäre Ende 2003 ausgelaufen. Das Sparpaket 2004 sah jedoch vor, dass die Kürzung während 5 Jahren, d.h. bis Ende 2008, weiter geführt wird. Der Beschluss stand unter dem Vorbehalt, dass der Finanzausgleich zwischen dem Kanton und den Gemeinden in der Zwischenzeit nicht neu geregelt wird. Damit wurde eine Massnahme verlängert, die bereits eingeführt war und vordergründig keine zusätzlichen Belastungen für die Gemeinden bzw. Schulgemeinden zur Folge hatte. Die Nettoeinsparung beläuft sich auf 2,5 Mio. Franken (Stand 2003). Im Kantonsratsprotokoll vom 23. September 2003 wird dazu folgendes ausgeführt: Beim Eintreten wurde kritisiert, dass mit der Verlängerung ursprüngliche Zusagen nicht eingehalten und die Gemeinden sehr ungleich behandelt werden.

Die Kürzung trifft vor allem die mittelstarken Gemeinden empfindlich, denn steuerkraftstarke Gemeinden erhalten keine Beiträge und bei Gemeinden im direkten Finanzausgleich übernimmt der Kanton die Kürzung. Zudem hat sich unterdessen die finanzpolitische Situation des Kantons St.Gallen erheblich verändert und konsolidiert. Eine Weiterführung der Kürzung ist nicht mehr vertretbar.

Mit dem Sparpaket 2004 wurden die Schulgemeinden beispielsweise mit massiv steigenden Beiträgen an Sonderschulen (Fr. 13'500.– / Fr. 18'000.– / Fr. 21'000.–) belastet. Mit verschiedenen Projekten wie beispielsweise der Einführung des Frühenglisch wird der finanzielle Spielraum weiter eingengt und in den nächsten Monaten kommen beispielsweise mit der angekündigten Vorlage zur Einführung einer Klassenlehrerzulage erhebliche Lasten auf die Schulgemeinden zu. Mit der Aufhebung der Kürzung der Staatsbeiträge könnten die mittleren Schulgemeinden entlastet werden und sie erhielten ihren Handlungsspielraum zu einem (kleinen) Teil wieder zurück.

Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage mit dem Ziel der Aufhebung des Grossratsbeschlusses über die befristete Kürzung der Staatsbeiträge an die Lehrerbesoldung und die Amortisationslasten der öffentlichen Volksschulen vorzulegen.»

27. November 2006

SP-Fraktion